

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887**

10.3.1887 (No. 59)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 10. März.

№ 59.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 2. März d. J. gnädigt geruht, den Lehramtspraktikanten Ludwig August Chret an der Realschule zu Heidelberg zum Professor an der genannten Anstalt zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 9. März.

Während die offiziöse russische Presse bisher mit ihrem Urtheil über die Hinrichtungen in Bulgarien zurückhielt, bricht heute das „Journal de St. Pétersbourg“ dieses Schweigen. Das Journal sagt bezüglich der Exekutionen in Ruffschut, diese Handlungen empfindlicher Brutalität hätten endlich die öffentliche Meinung über den Werth der vermeintlichen Vertheidiger der Ordnung aufgeklärt. Die Hoforte habe auf Ansuchen des russischen Botschafters, welcher durch den deutschen Botschafter unterstützt wurde, Niza Bey beauftragt, die Gefangenen zu besuchen und wenigstens Grausamkeiten Einhalt zu thun, welchen der Vertreter des Sultans nicht hätte gleichgiltig zusehen können, ohne die Autorität des Sultans als Souverän Bulgariens bloßzustellen und die Ufurpatoren zu ermuthigen. Man dürfe hoffen, diese Ausschreitungen würden endlich die Ueberzeugung herbeiführen, daß es geboten sei, dem Martyrium eines armen Volkes, welches durch Rußlands Pöbel in's Leben gerufen, aber durch die übergroße Toleranz Europa's der Anarchie überliefert worden sei, ein Ende zu machen. Auch die Gebuld habe ihre Grenzen; diese seien aber bereits überschritten.

So scharf absprechend der Artikel über das Verhalten der bulgarischen Regentenschaft urtheilt, deutet er doch nicht darauf hin, daß die russische Regierung die Hinrichtungen zum Ausgangspunkte weiterer Forderungen machen wolle; eher könnte man aus dem Artikel heransetzen, daß die russische Regierung dies den türkischen Staatsmännern überlassen will.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, den 8. März.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnete die heutige Sitzung um 1 Uhr 15 Min. Zur Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushalts-Gesetzes.

Bundesbevollmächtigter Staatssekretär Dr. Jacobi erklärt, er werde sich bei Verlesung des Etats auf wenige Worte beschränken. Abgesehen von dem Wunsche auf eine Abkürzung der Beratung ist für diese Beschränkung auch der Umstand maßgebend, daß der Haushalt in wesentlich unverständlicher Gestalt wieder vorgelegt wird. Nachtragsforderungen, die durch die veränderten Bedürfnisse des Heeres und durch die Verringerung des Servisgesetzes bestimmt sind, werden dem Reichstag zur besonderen Zustimmung unterbreitet werden. Eine Mehreinnahme, aber nicht erheblicher Art, wird sich bei Einführung der Reliktverforgung für Angehörige der Militär- und Marineverwaltung herausstellen. Durch den Wegfall einer Beamtenpension ist die Dotation für das Archäologische Institut um eine Summe von 5477 M. vermindert worden. Der Etat stellt sich in Einnahmen und Ausgaben im Ganzen auf 746,892,646 M. Sodann ist im Interesse der Verwaltung und im finanziellen Interesse die Aufhebung eines Remontedepots vorgeschlagen. Dagegen haben einige Entschädigungen bei den Wirtschaftsfonds für die übrigen Remontedepots eingestellt werden müssen, die in dem letzten Jahre wesentlich überschritten wurden, so daß eine Minderangabe hier nicht eintritt. Endlich hat die veränderte Charakterisierung einiger Beamten der Eisenbahnverwaltung eine Aenderung mit sich gebracht, die aber nicht wesentlich finanzieller Natur ist. Ebensoviele belangreich sind die Aenderungen, die den Erläuterungen vorgegangen sind. Neu beigefügt ist dem Etat eine Uebersicht der Bestände bei übertragungsfähigen Titeln der fortdauernden Ausgaben und der Bestände bei den einmaligen Ausgaben der Heeresverwaltung.

Der Redner kommt darauf zurück, daß er im November des vorigen Jahres mitgeteilt hat, daß sich unter Ausschluß derjenigen Ausgaben, welche durch Anleihe zu decken sind, voraussichtlich ein Fehlbetrag von 45 Millionen ergeben würde und daß der Anfall an denjenigen Einnahmen, welche den Bundesstaaten zu überweisen sind, sich auf 16,600,000 M. belaufen würde. Diese beiden Zahlengruppen verschieben sich nach neueren Feststellungen und Berechnungen nicht unwesentlich, aber das Gesamtergebn wird etwa dasselbe bleiben, weil um ebensoviel als die im Reichshaushalt vorgesehenen Ausgaben sich steigern, auch die Einnahmen aus den Zöllen sich erhöhen werden. Der Ertrag der Zölle ist in den letzten Monaten ein wesentlich höherer gewesen. Er betrug im Dezember etwa 5 Millionen, im Januar 4 1/2 Millionen mehr als vorgesehen war. Die Soll-einnahme im Januar mit 28,068,785 M. ist die höchste Monatseinnahme, die bisher im Deutschen Reich erzielt worden ist, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß sich die Einnahmen im Januar in der Regel höher stellen als in den andern Monaten. Daß unsere finanzielle Lage dringend darauf hinweist, die Einnahmen des Reichs durch Erschließung neuer Steuerquellen zu vermehren, ist eine genugsam bekannte, auch in der Thronrede wiederholte Thatsache. Das Resultat derjenigen Vorarbeiten, welche zu diesem Behufe nunmehr wieder aufgenommen sind, ist selbstverständlich heute nicht

zu erstern. Zunächst ist der Wunsch der verbündeten Regierungen darauf gerichtet, daß das Staatshaushalts-Gesetz rechtzeitig zu Stande kommen möge.

Frhr. v. Suenne bemerkt gegenüber dem freisinnigen Projekt der Reichseinkommensteuer, er und seine Freunde seien nicht in der Lage, diesem Projekt Zustimmung entgegenzubringen, weil sie die Durchführung desselben aus den verschiedensten Gründen für unmöglich halten. Was die geschäftliche Behandlung des Etats betrifft, sei er der Meinung, daß die Etatspositionen, welche schon in der vorigen Session in die Kommissionen verwiesen waren, nicht wieder an die Budgetkommission zu gehen brauchen.

Frhr. v. Malgahn schlägt in Uebereinstimmung mit den Parteien vor, nur die schwierigen Theile des Etats, wie z. B. den Marineetat, in die Kommission zu verweisen. Alles andere wird im Plenum erledigt werden können. Mit der von Seiten der Freisinnigen geforderten Reichseinkommensteuer könne er sich nur schwer befreunden, gar nicht aber, wenn sie nur in Form einer Resolution gebracht wird. Die Materie ist eine viel zu schwierige, als daß sie so kurzer Hand erledigt werden könnte, und wir müßten abwarten, in welcher Weise die freisinnige Partei ihren Plan vorbringen wird.

Nidert führt aus, gerade um zu zeigen, daß es den Freisinnigen mit der Bewilligung der Militärvorlage und mit der Deckung der durch die erhöhte Friedenspräsenzstärke nothwendig gewordenen Ausgaben ernst war, hätten sie das Projekt der Reichseinkommensteuer aufgestellt. Sie seien hierbei von ihren sonstigen Gewohnheiten abgegangen, denn sie seien stets Gegner neuer Steuern gewesen und seien es auch noch heute. Die außergewöhnlichen Umstände, in denen wir gegenwärtig leben, rechtfertigen es indessen, daß das Projekt der Reichseinkommensteuer aufgestellt worden sei. Die Partei werde es weiter verfolgen und habe die Hoffnung, daß die weitere Diskussion, je mehr sie sich damit beschäftigt, um so mehr sich damit befreunden werde.

V. Benda entnimmt aus der Rede Nidert's gern, daß derselbe bereit sein wird, für die rechtzeitige Fertigstellung des Etats für eine gerechte Steuerreform einzutreten. Das Reich müsse vor Allem helfen, daß wieder die Matrifularbeiträge auf ein normales, geringeres Maß zurückgeführt werden. Wir tragen uns nicht allein mit der Hoffnung, daß über die nothwendigen Veränderungen eine Verständigung zwischen uns und der Reichsregierung stattfinden wird, sondern wir lesen auch in der Thronrede ausdrücklich, daß in dieser Beziehung die nothwendigen Steuerreformen bereits in der Ausarbeitung begriffen sind. Wir haben die Ansicht und die Versicherung seitens der Regierung, daß sie die Initiative ergreifen wird, und wir sind daher vorläufig von der Nothwendigkeit entbunden, unsern Kopf selbst mit Steuerplänen zu beschweren. Wir werden abwarten, was in dieser Beziehung die Reichsregierung uns bringen wird; daß die Lösung bei alledem auch für die Reichsregierung nicht sehr leicht sein wird, darüber habe ich nicht den mindesten Zweifel. Der Budgetkommission erwächst unzweifelhaft — es bleiben ihr nur 14 Tage bis 3 Wochen — eine sehr schwere Arbeit. Aber wie die Sachen jetzt liegen, habe ich das Vertrauen, daß sie zur rechten Zeit ihre Aufgabe lösen wird, und wir alle wollen sie auf diesem Wege mit unsern guten Wünschen begleiten.

Abg. Kobbé wendet sich zunächst gegen die Behauptung Nidert's, daß die Durchführung einer zweifelsfrei in Steuerreform durch das Ueberwiegen der entgegenstehenden agrarischen Interessen verhindert worden sei. Seine Partei habe stets die Ansicht vertreten, daß das indirekte Steuersystem eines organischen Ausbaues bedürfe; daran halte sie energisch fest, und er persönlich sei der Meinung, daß die Erhöhung der Matrifularbeiträge der Einführung einer Reichseinkommensteuer noch immer vorzuziehen sei, weil dem Reiche hierzu die geeigneten Organe fehlten, welche die Einzelheiten in so ausgezeichnete Weise befähigen.

Hierauf wird die Beratung geschlossen und ein Theil der Etatspositionen auf Antrag der Abgg. v. Benda, Bornmann, Frhr. v. Suenne, v. Malgahn und Nidert an die Budgetkommission verwiesen; der Rest wird demnächst im Plenum zur Beratung kommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Zweite Beratung der Militärvorlage und erste Lesung der Reliktengesetze für Militär und Marine.

## Deutschland.

Berlin, 8. März. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag den Vortrag des Polizeipräsidenten und des Generals v. Pape entgegen und arbeitete alsdann mit dem Generalleutnant v. Albedyll.

Ihre Kaiserlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin empfingen heute Mittag das Reichstagspräsidium in Audienz.

Der kommandirende General des Gardecorps, General der Infanterie v. Pape, ist von längerer Krankheit jetzt vollständig hergestellt und hat das Kommando über sein Armeecorps heute wieder übernommen.

Der Reichstag hat kaum seine Arbeiten in Angriff genommen und schon wird in einzelnen Mättern die Frage des Sessionschlusses erörtert. Die „N. N. C.“ glaubt versichern zu können, daß sowohl für den Reichstag als für den preussischen Landtag auch nach den Osterferien, die etwa 12—14 Tage dauern dürften, wichtiges Material genug vorhanden sein wird, um noch für einige Wochen beisammen zu bleiben.

Dem Reichstage ist der zwischen dem Reiche und Serbien am 3. Juli v. J. zu Berlin abgeschlossene Vertrag, betreffend den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle, zugegangen; ferner die Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Wahlkonsulate des Reichs nebst Belegen.

In Bezug auf die in voriger Woche stattgehabten

Fraktionsitzungen der Zentrumsparthei wird der Münch. „Allgemeinen Zeitung“ aus Berlin geschrieben:

Obwohl das Centrum auch noch dieses Mal aus den Wahlen ungeschwächt hervorgegangen ist, soll dennoch die Stimmung innerhalb desselben keineswegs eine rosigere sein. Vielen Mitgliedern mag es doch wohl bei dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie unheimlich zu Muthe geworden sein, und es mag sie auch ein unbehagliches Gefühl bei dem Gedanken befallen, daß sie nicht wieder im Reichstag erfahren wären, wenn die Wünsche des Papstes ihren Wählern rechtzeitig und vollständig bekannt geworden und nicht die ultramontanen Pressorgane, aus denen die katholische Bevölkerung ausschließlich ihre Belehrung schöpft, den Zweck der Jacobini'schen Schreiben verdunkelt hätten. Die gedrückte Stimmung soll in den beiden Sitzungen der Fraktion, welche am Donnerstag und Freitag voriger Woche Abends abgehalten worden, in nicht mißzuverstehender Weise zum Ausdruck gelangt sein. Am Donnerstag kamen eben jene durch die päpstlichen Ermahnungen hervorgerufenen Vorgänge zur Erörterung, und diese war eine tiefere und erregte, und die Billigung des Verhaltens der Zentrumsführer war keineswegs eine so uneingeschränkte und einstimmige, wie die „Germania“ ihre Leser glauben machen möchte. Namentlich sprachen, wie glaubhaft berichtet wird, verschiedene Mitglieder aus Süddeutschland ihre gewichtigen Bedenken gegen das Vorgehen des Freiherrn v. Franckenstein aus und wiesen auf die zersetzende Wirkung hin, welche die päpstlichen Aeußerungen nachträglich in den Reihen der national gesinnten katholischen Wähler haben müßten, wenn erst die wahre Tendenz derselben allgemeiner bekannt würde. Daß selbst den Mitgliedern des Centrums jene Kundgebungen verheimlicht worden, hat die gegenwärtige Verstimmung nicht wenig verschärft. Eine solche Bevormundung ist selbst für ein ultramontanes Gemüth zu viel. Es wird unverhohlen ausgesprochen, die Fraktionsführer hätten gefürchtet, daß andernfalls die Abstimmung über die Septennatsvorlage keineswegs eine so einstimmig ablehnende gewesen wäre. Das wird übrigens jetzt selbst von der ultramontanen Presse eingestanden, wenn z. B. die „Köln. Volkszeitung“ zugibt, daß die Bekanntmachung der päpstlichen Kundgebungen unter den Zentrumsmitgliedern möglicherweise „Verwirrung gestiftet, ein geschlossenes Votum verhindert und die Fraktion unheilbar kompromittirt“ hätte. Fast noch lebhafter als am Donnerstag ging es in der Sitzung am folgenden Abend her, welche bis gegen Mitternacht dauerte. Der Ausfall der Präsidentenwahl im Reichstag und die Abweisung, welche der erneute Versuch Bindhorst's, das Zustandekommen der Septennatsvorlage zu verschleppen, erfahren hatte, veranlaßte eine noch erregtere Wiederaufnahme der Verhandlungen vom vorigen Tage. Von einer Wirkung dieser Vorgänge wird man zwar im Reichstage und in der Kaplanspresse zunächst nichts verspüren, aber Thatsache ist, daß die unbedingte Einmütigkeit des Centrums, welche bisher fast sprichwörtlich geworden war, nicht mehr vorhanden und daß namentlich das Vertrauen der Mitglieder zu den Führern der Fraktion in Folge der Verheimlichung der päpstlichen Wünsche erschüttert worden ist.

Nach einer den „B. P. N.“ zugehenden zuverlässigen Mittheilung beabsichtigt die französische Regierung in kürzester Zeit eine neue Submission für weitere Lieferungen von einer Million Kilogramm Schwefeläther abzugeben.

Der brandenburgische Provinziallandtag wählte heute Herrn von Levesow wieder als Landesdirektor für die nächsten zwölf Jahre.

München, 8. März. Prinz Arnulf von Bayern wurde unter Beförderung zum Generalleutnant an Stelle des pensionirten Generals Hekel zum Kommandeur der 1. Division ernannt.

Strasburg, 8. März. Die durch ein Privattelegramm bereits gemeldete Verfügung des Staatssekretärs v. Hofmann an die Bezirkspräsidenten bestimmt, daß mit Genehmigung des Staatssekretärs aufgelöst werden sollen: Vereine, in welchen deutschfeindliche Bestrebungen vorwalten; welche die Aufnahme eingewandelter, im öffentlichen Dienste stehender Personen oder gewesener Militärs verweigern; welche solche Mitglieder nicht ausschließen, die wegen politischer Vergehen bestraft wurden oder die sich der Widergesetzlichkeit gegen Anordnungen der Behörden oder eines herausfordernden Betragens gegen Deutsche schuldig machen. Die Fortdauer der früher ertheilten Genehmigung ist an folgende Bedingungen geknüpft: Ausländer können nur mit Genehmigung des Bezirkspräsidenten ein Vereinsamt bekleiden; Vereinsabzeichen und Vereinsstrachen unterliegen der Genehmigung des Bezirkspräsidenten; Marschmusikern, aus Trommlern und Clairons bestehend, sind nicht gestattet, ebenso nicht das Blasen oder Spielen militärischer und insbesondere französischer Signale. Die Verfügung bezieht sich auf Musik-, Gesang-, Turn-, Fecht-, Schieß- und sonstige Sportvereine.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. März. Die ungarische Delegation wurde heute Mittag geschlossen, nachdem die vom Kaiser sanctionirten Beschlüsse veröffentlicht waren.

## Frankreich.

Paris, 8. März. Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß die französische Regierung neuerdings von den Radikalen mit größerem Wohlwollen als sonst behandelt wird; die heftigen Angriffe gegen Goblet und die andern gemäßigten Mitglieder des Ministeriums sind wenig-

stems vorübergehend verstimmt, man droht nicht mehr mit einer Niederlage des Kabinetts, sondern läßt im Gegentheil deutlich den Wunsch durchblicken, zur Erhaltung und Befestigung des Ministeriums Goblet beizutragen. Der Grund dieses auffälligen Umschlags wird darin gesucht, daß in gemäßigten republikanischen Kreisen in letzter Zeit wieder lebhafter von der Ersetzung des Kabinetts Goblet durch ein Ministerium Freycinet oder Ferry die Rede ist. Heute war in den Wandelgängen des Palais Bourbon ernstlich die Rede davon, daß das Kabinet Goblet dem Kabinet Freycinet Platz machen würde, in welches Freycinet jedoch als einziger Minister eintreten würde. Die Radikalen wissen, daß eine solche Veränderung sie ihres jetzigen Einflusses berauben würde, darum halten sie es für klug, einstweilen diesen Einfluß nicht zu stark geltend zu machen, um nicht Goblet zum Rücktritt zu drängen oder die Ausführung der von den Opportunisten gehegten Pläne zu beschleunigen. — Die Deputiertenkammer setzte heute die Berathung über die Erhöhung der Getreidezölle fort. Der Deputierte Faure beantragte die Vertagung der Entscheidung und begründete dies damit, es müsse ein Unterschied zwischen dem Grund und Boden als Arbeitswerkstätte, welche von einem Drittel vertreten sei, und dem Besitzthum als Rententitel, welcher durch zwei Drittel vertreten sei, gemacht werden. Die Kammer verwarf jedoch mit 338 gegen 220 Stimmen den Antrag Faure's auf Vertagung der Berathung über die Getreidezölle. Ebenso verwarf die Kammer mit 374 gegen 151 Stimmen den Antrag Acharde's auf Aufhebung jeder Auflage auf das Getreide. — Im Minister rath theilte Goblet mit, die Arbeiter von Bessèges hätten gestern in einer Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Der Minister Willaud berichtete über seine Besichtigungsreise durch die Gegenden, in denen die Erdbebenbeschädigungen sehr groß sind. Die von der Kammer verlangte Million werde unzureichend sein.

### Portugal.

Lissabon, 8. März. Eine hier eingegangene Depesche des Gouverneurs von Mozambique meldet, daß die Portugiesen die ganze Bai von Tungi und das Dorf Massingane am 23. v. M. besetzten und die Festung von Tungi am 26. v. M. einnahmen. Die portugiesischen Kanonenboote „Douro“ und „Bouge“ bleiben in Tungi, um bei der Einführung der portugiesischen Verwaltung behilflich zu sein und die Küste nach Norden zu bewachen. Die Festung von Tungi und das Dorf Massingane, welches die Sanfbianer besetzt hatten, wurden bombardirt. Hierauf wurden zwei Infanterieabtheilungen ausgesandt, um den Platz zu besetzen, und das Dorf Massingane wurde niedergebrannt. Die Portugiesen erbeuteten zwei Fahnen und drei Kanonen. Die Affaire verlief ohne Verluste auf portugiesischer Seite. — Gutem Vernehmen nach gab die portugiesische Regierung in Folge der Vorstellungen Englands den Dampfer „Kilma“, welcher dem Sultan von Sansibar gehörte und von den Portugiesen wegen Führung von Kriegsmaterial fortgenommen worden war, wieder frei. Die Verhandlungen Englands und Portugals bezüglich der streitigen Gebiete an der Tungi-Bai dauern fort. — Die Corteswahlen in Portugal haben vorgestern dem fortschrittlichen Kabinet die erwünschte Mehrheit gesichert: es wurden gewählt 108 Regierungsanhänger, 36 Konservative und 2 Republikaner. Die Vorlagen über die Umgestaltung der Provinzialverwaltung und über die Aenderung des Systems der Wahlen zur Ersten Kammer, welche zu Anfang dieses Jahres den Streit zwischen Regierung und Volksvertretung und in der Folge die Auflösung der in ihrer Mehrheit konservativen Cortes herbeigeführt hatten, werden daher jetzt zweifelsohne genehmigt werden.

### Großbritannien.

London, 8. März. Die Königin wird sich den bis jetzt getroffenen Verfügungen zufolge am 4. April nach Aix-les-Bains begeben. (Einer Pariser Meldung zufolge beabsichtigt die Königin, ehe sie nach Aix-les-Bains geht, einige Tage in Cannes zu verweilen.) — Nach einer im Arsenal zu Chatham veröffentlichten amtlichen Mittheilung ist der oberste Zeichner des Arsenalts, Namens Terry, weil er ihm amtlich zugegangene Informationen an Dritte verkauft habe, abgesetzt worden. Es heißt, Terry hätte zahlreiche Zeichnungen von Torpedos und Marinemaschinen an Vertreter der nordamerikanischen Gesandtschaft verkauft. — Sir Michael Hicks-Beach, der Obersekretär für Irland, hat nun doch, wie schon gemeldet, seines Augenleidens wegen seinen Posten niedergelegt, behält aber seinen Sitz im Kabinet. Ob er nach seiner Genesung seinen früheren Posten wieder übernehmen wird, ist noch sehr fraglich. Inzwischen ist Arthur Balfour, der Minister für Schottland und als solcher seit November Mitglied des Kabinetts, zum Obersekretär für Irland ernannt worden. Er begab sich bereits gestern nach Dublin, um sein neues Amt anzutreten, nachdem er am Samstag der Königin im Windsor-Schloß die schottischen Amtsinhaber abgeliefert. Balfour ist der Neffe Lord Salisbury's. Er ist etwa 40 Jahre alt. Noch jung in das politische Leben als Sekretär seines Onkels eingetreten, gehört er seit etwa zehn Jahren dem Parlament an; im Jahre 1879 war er mit Sir Henry Drummond Wolff, Lord Randolph Churchill und Sir John Gorst einer der vier Abgeordneten, welche die sogenannte vierte Partei bildeten; seither scheint er in die Reihen der konservativen Partei zurückgekehrt zu sein; und als die Tories wieder an das Ruder kamen, war sein Platz natürlich im Schoße des Ministeriums bezeichnet, dessen Haupt Lord Salisbury ist. Die Wahl Balfours als Nachfolger Hicks-Beachs dürfte als Anzeichen dienen, daß

Lord Salisbury daran festhält, in Bezug auf die Regierung Irlands seinen Anschauungen (Strenge und Zwang) Geltung zu verschaffen. (Legterer hat Lord Salisbury denn auch bei dem Bankett zur Eröffnung eines neuen konservativen Klubs angekündigt.) — An Stelle Balfours wurde der Marquis Louthian zum Staatssekretär von Schottland ernannt. — Im Unterhaus erklärte heute der Unterstaatssekretär Ferguson, seit der Erklärung vom 17. Februar sei die Frage der Zuckerprämissen unverändert, außer daß England bei den Regierungen nachgefragt habe, ob sie geneigt seien, eine Konferenz, die sich mit dieser Frage beschäftigen solle, zu beschicken. — Das Meuter'sche Bureau bezeichnet die Nachricht englischer Blätter über ein Abkommen Englands und China's bezüglich der chinesischen Vertheidigungsvorkehrungen im chinesischen Turkestan für unbegründet. Die Vorkehrungen seien seit langer Zeit lediglich auf Initiative China's hin getroffen.

### Rußland.

St. Petersburg, 8. März. Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Deutschen Kaisers werden sich, der „Pol. Corr.“ zufolge, außer einem Mitgliede des Kaiserlichen Hauses, auch aus höheren Offizieren der russischen Armee zusammengesetzte Deputationen nach Berlin begeben. — Bei dem deutschen Botschafter General v. Schweinitz fand gestern ein Festmahl statt, zu welchem der Großfürst und die Großfürstin Wladimir, der Herzog und die Herzogin Johann von Mecklenburg sowie zahlreiche Herren und Damen vom Hofe und aus der Diplomatie geladen waren.

### Türkei.

Konstantinopel, 8. März. Das offiziöse türkische Journal „Tarik“ enthält einen langen Artikel über die ägyptische Frage, welcher erklärt, daß eine Neutralisirung Ägyptens, welche die Abtretung dieser Provinz in sich schließt, ohne Benachtheiligung der souveränen Rechte der Türkei nicht stattfinden könne. Ein Versuch, die Frage auf dieser Grundlage zu lösen, würde demnach heißen, die Erörterung vorher als steril und resultatlos zu verdammen. Der Artikel fährt fort: „Da die Pforte von den vortheilhaftesten Absichten befehle ist, würde jeder mit den Beträgen und Firmans in Uebereinstimmung stehende Vorschlag günstige Erwägung finden, allein es ist sicher, daß irgend eine die gegentheilige Wirkung habende Konvention entschieden verworfen werden würde.“ Schließlich brüht der „Tarik“ die Ueberzeugung aus, daß alle Interessen gewahrt werden würden durch die Aufrechterhaltung der Ägypten verliehenen Privilegien, durch Prüfung der zu bewerkstelligenden militärischen und finanziellen Reformen und durch Herabminderung der Zahl ausländischer Beamten.

### Amerika.

Washington, 4. März. Der Kongreß hielt gestern eine Sitzung, welche die ganze Nacht dauerte und erst heute Mittag geschlossen wurde. Vor der Vertagung wurde die Vorlage für den Bau von zwei Kreuzern, zwei Kanonenbooten, zwei Küstenwehrrschiffen und Torpedobooten genehmigt. Der Justizauschuß des Repräsentantenhauses überreichte einen Bericht des Inhalts, daß irgendein Vertrag, welcher Einfuhrzölle in sich schließt, ohne die Zustimmung des Hauses ungültig und nicht bindend sei. Dieser Vorbericht ist thatsächlich gegen Hawaii gerichtet. Der Präsident unterzeichnete die Vorlage, welche die Erwerbung von Grundbesitz auf amerikanische Bürger beschränkt. Die Vorlage für die Genehmigung einer Subvention von 500,000 Dollars zu den Kosten der Beförderung der Post von New-York nach Südamerika mittelst amerikanischer Dampfer, sowie der Entwurf betreffs der Fluß- und Hafenbefestigung haben den Kongreß nicht paßirt.

### Zeitungsstimmen.

Die kleine Schrift von Professor M. Lazarus „An die deutschen Juden“ ist durch Angriffe veranlaßt worden, welche der Verfasser speziell wegen der Unterzeichnung des Wahlaufsatzes für „antifeminitische“ Kandidaten in mehreren Berliner Wahlkreisen erfahren hat. Wir heben aus der Schrift folgende, auch für weitere Kreise interessante Ausführungen hervor: „Es war die höchste Zeit, es mußte nothwendig etwas geschehen, um die von Feind und Freund einmüthig gehegte Behauptung, daß Jude als Jude zur Opposition gehören muß, durch eine That niederzuschlagen. Daß jeder Jude durchaus und in jeder Frage mit dem Fortschritt und dem Zentrum und gegen die Regierung stimmen müsse, hing an als ein Dogma zu gelten, gegen welches zu denken und zu handeln politische Kezerei und Verrath am Judenthum zugleich sei. Es war doppelt nothig, diesen Baum endlich zu brechen, weil durch jene falsche Annahme zugleich die Freiheit der politischen Meinung, dieser Eckpfeiler aller liberalen Gesinnung, in hohem Grade bedroht war. Diese Freiheit der politischen Meinung wollte ich mir und den Juden wiedergeben. . . . Ich begreife wohl, daß ein Jude sagt: Ich bin nicht gegen die Regierung im Allgemeinen, ich bin nur gegen diese Regierung, weil sie den Antifeminiten so viel freie Hand gelassen, mich in meiner Ehre zu kränken. Aber er soll nicht glauben, daß alle Juden so denken, daß sie als Juden so denken müssen; er soll dem anderen Juden die Freiheit lassen, nicht in dieser Art mit der Regierung zu rechten, nicht auch bei großen politischen Fragen zu rechten. Die Kränkung, die der Antifeminit — den ich verachte, weil er nicht auf der Stufe der Humanität des Jahrhunderts und nicht auf der Stufe der Moral des Christenthums steht — die Kränkung, die mir ein Verächtlicher zufügen kann, ist nicht so groß, wie der Schaden an meiner bürgerlichen Pflicht und meinem Gewissen: in einer großen politischen Frage gegen meine Ueberzeugung und gegen die Regierung zu stimmen, bloß weil die Antifeminiten mit ihr stimmen. Darf ich bei Feuers- oder Wassernoth nicht retten, weil auch Antifeminiten retten? Nun, die Rettung der Freiheit politischer Ueberzeugung aus den Ban-

den eines tyrannischen Fanatismus ist wichtiger als die aus Feuer oder Wasser. . . . Wie? wir opfern Gut und Blut, Leib und Leben für das Heil des Vaterlandes, sobald der Kriegsherr ruft, und wir sollten nicht unsere winzige, völlig untergeordnete Abneigung gegen diejenigen Kandidaten opfern können, obfern wollen, welche für die Forderung des Kriegsherrn und die Förderung der Reichsmacht einzutreten bereit sind, weil sie antifeminitische Neigungen haben? Hier, bei der Frage nach der Unterstützung der Regierung in ihrer Vorfrage für die Sicherheit des Landes und des Friedens sollten wir nicht vor Allen an Alles und das Ganze denken? nicht die daneben kleine fernliegende Frage des Antifeminitismus, des spezifisch-jüdischen Interesses vergessen? sie nicht mit aller Kraft von uns weisen? Der Kampf gegen die Antifeminiten ist deshalb überhaupt nicht an der Wahlurne zu führen. . . . Wer das Recht auf seiner Seite hat, ist immer der Stärkste. Unbegründete Furcht ist ein Zeichen der Schwäche. Zu behaupten, oder auch nur zu fürchten, daß die Konservativen oder vollends die Nationalliberalen auch nur einen Angriff auf die konfessionelle Unabhängigkeit des deutschen Bürgers zulassen werden, ist ebenso unrecht, wie unklug; sein Handeln auf solche völlig nichtige Voraussetzungen gründen, ist deshalb ein moralisches Unrecht und ein politischer Fehler. Wir Juden haben dafür zu sorgen, daß wir nicht durch eine ganz ausschließliche Anhänglichkeit an einer Partei und eine fanatische Intoleranz gegen alle anderen diese gegen uns einnehmen. Wir sind in Gefahr, diejenigen zu Antifeminiten zu machen, welche wir ohne allen Grund wider Recht und Billigkeit als solche erklären. Die Behauptung, daß alle Männer von den Nationalliberalen nach rechts hin Antifeminiten seien, haben nur diejenigen uns einzuwenden versucht, welche uns vertheidigt, aber auch allein unsere Unterstützung in Anspruch genommen haben.“

Begreiflich ist es, daß wegen des Ausfalles der Berliner Wahlen gegen Berlin eine weitverbreitete Verstimmung herrscht, der u. a. das „Leipziger Tageblatt“ in sehr scharfen Worten Ausdruck gibt. Es heißt in dem Artikel des Leipziger nationalliberalen Blatt: „Die Berliner haben Wahlen auf's neue bewiesen, wie weit die Kaiserstadt an der Spree davon entfernt ist, im neuen Deutschen Reich die politische Führung zu haben, wie sehr sie sich von den großen Centren anderer Völker, wie Paris, London u. s. w. in dieser Beziehung unterscheidet, und daß die Pflege des Nationalgedankens „draußen im Reich“ hundertmal stärker ist, als in der Residenz des greisen Heidenkaisers, in Berlin. Auf alle Fälle brauchen die Berliner sich nicht zu wundern, wenn man die äußeren Zeichen der Verehrung, welche sie dem Kaiser und seinem ersten Rathgeber darbringen, sehr mißtrauisch betrachtet und darin eine gute Dosis Heuchelei findet. Jemand verliere sich, daß man ihn liebe und verehere, und dann ihn regelmäßig bei Gelegenheiten, wo es darauf ankommt, im Stiche lassen und gegen ihn agitieren, das ist dem doch eine Doppelgängigkeit, für die man nur Verachtung haben kann. Dieses Gefühl der Mißbilligung hat deutlich schon der Berliner Oberbürgermeister zu erfahren bekommen, indem alle seine Bewerbungen, ein Mandat für den Reichstag außerhalb Berlins zu erhalten, zurückgewiesen worden sind. Dergleichen werden die vielen übrigen Berliner Kandidaten, welche sich auf Wahlreisen um einen Sitz für den Reichstag abmühten, sich überzeugen haben, wie geringe Sympathien für das politische Berlin im Reich vorhanden sind. Wir schließen unsere Darlegungen mit dem aufrichtigen Wunsche, daß endlich auch über Berlin die Sonne einer besseren patriotischen Erkenntnis aufgehe, daß es der Pflichten eingedenk werden möge, welche ihm aus seiner Stellung als Hauptstadt des Reiches erwachsen.“

Hierzu bemerkt die freikonservative „Post“: „Wir finden diese und ähnliche Urtheile sehr erklärlich, müssen aber doch hervorheben, daß bei denselben die zahlreichen Umstände, denen der Berliner Radikalismus seine Stärke verdankt, nicht genügend in Anschlag gebracht werden. Vor Allen aber meinen wir, daß der großartige Kampf der konservativen und gemäßigten Berliner Elemente gegen die Herrschaft des Radikalismus nicht überall die Anerkennung findet, auf welche er Anspruch machen kann. Die sehr bedeutende Zunahme der antisocialistischen und antisocialdemokratischen Stimmen bei den diesmaligen Wahlen stellt der „Berliner Bewegung“ ein ehrenvolles Zeugniß aus, was auch außerhalb Berlins freudig und wohlwollend anerkannt zu werden verdient. Wer die Berliner Verhältnisse kennt, weiß, daß die bisher dem Fortschrittler gegenüber erzielten Erfolge zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigen.“

Der „Samburgische Korrespondent“ äußert, nachdem er das erfreuliche Resultat der Hamburger Stichwahl besprochen hat: „Zum Schluß noch ein ernstes, aber herzlich gemeintes Wort nach beiden Richtungen, rechts und links hin: und zwar in der Betonung der dringenden Nothwendigkeit, auch den entschiedensten prinzipiellen Streit über öffentliche Angelegenheiten stets so zu führen, daß der Streit in den sachlichen Grenzen gehalten werde, daß die persönliche Beleidigung und Verwundung aus den erlaubten Kampfsmitteln ausgeschlossen bleibe, und daß die Vergiftung der Waffen allezeit als ein für civilisirte Kämpfer absolut verbotenes Verfahren hintangehalten werden müsse. Auch der erbitterteste Kämpfer wird stets darauf bedacht sein müssen, daß er niemals wissen kann, wie bald die Verbitterung ihn dahin bringen können, mit seinem bisherigen Feinde gegen einen neuauftretenden dritten Feind sich zu verbünden. In allen Parteien ist hoffentlich noch die Mehrheit dafür zu gewinnen, daß Urbanität und gegenseitige Achtung jedem Manne wohl anstehen, und daß sie alle ein gemeinsames Interesse daran haben, solche Personen, welche sich derartigen Rücksichten nicht fügen wollen, bei Seite zu schieben und unschädlich zu machen, damit das öffentliche Leben trotz aller unvermeidlichen Reibungen doch von solchen Auswüchsen befreit bleibe, wie der Wahlkampf der letzten Wochen sie nur zu häufig zu Tage gefördert hat.“

Die „Konservative Korresp.“ konstatirt, daß für die deutsch-konservative Partei die in den Reichstagswahlen erlittenen Mandatsverluste durch Gewinne in anderen Wahlkreisen mehr als gedeckt seien. (Nach unserer Rechnung hat jetzt die Partei 5 Mandate mehr inne als bei der Auflösung am 14. Januar d. J. und 3 mehr als nach den Reichstagswahlen 1884.) Das deutsch-konservative Parteiorgan zieht hieraus folgende Schlußfolgerung: „Hieraus ergibt sich, daß das Wahlresultat uns nicht nur nicht geschadet, sondern auch noch mehrere Sitze zugebracht hat. Bedenkt man ferner, daß es gelungen ist, in Folge des Kartells der Reichspartei und den Nationalliberalen erheblichen Zuwachs zu schaffen, und zwar allein auf Kosten des Freisinn's, der Volkspartei und der Sozialdemokratie, so wird Jedermann zugeben, daß diese Wahlvereinigung, beruhend auf echt nationaler Gesinnung und frei vom Fraktionshandpunkte der einzelnen Parteien, dem Deutschen Reichstage zu einer nationalgesinnten Mehrheit verholfen und den Mann, welcher unter der Herrschaft der früheren Majorität auf dem ganzen Reich lastete, mit Erfolg gebrochen hat!“

# Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 9. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute Vormittag verschiedene Vorträge und ertheilte den nachbenannten Personen Audienz: dem Amtmann Dr. Becker von Donaueschingen, dem Bezirksarzt Schuler von Säckingen, dem Geheimrath Professor Dr. Czerny von Heidelberg, dem Oberbaurath Heinrich von hier und dem Hofschultheißen Friedrich Haase, zur Zeit dahier. Sodann empfing der Großherzog den Obersten von Möller, Kommandeur des 2. Niederhessischen Infanterie-Regiments Nr. 47 in Straßburg, und den Obersten von der Wölbe, Kommandeur des Braunschweigischen Infanterie-Regiments Nr. 92 in Metz, welche Seiner Königlichen Hoheit den Abmarsch ihrer betreffenden Regimenter aus Elsaß-Lothringen meldeten.

Hierauf begaben sich Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin zu Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Karl, um Höchstselben Ihre Glückwünsche zu Seinem Geburtstage zu überbringen, und nahmen daselbst an einer Familientafel Theil, zu welcher der Prinz und Höchstselben Gemahlin Einladungen hatten ergehen lassen.

Nachmittags haben sich Ihre Königlichen Hoheiten nach Baden-Baden begeben zum Besuch der dort weilenden hohen Fürstlichkeiten und kehrten Abends hierher zurück.

Schw. (Bürgerausschuß.) Gestern Nachmittag fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter eine öffentliche Sitzung des Bürgerausschusses statt. Vor Eintritt in die umfangreiche Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder Stadtrath Nerlinger und Stadtverordneten Lange und Birnbaum, worauf sich zum ehrenden Andenken an die Verstorbenen die Versammlung von ihren Sigen erhob.

Der erste Beratungsgegenstand betrifft den Antrag des Stadtraths: mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Kostenaufwand von 18,400 M. den Landgraben längs des Gaswerks von Oden her eine Strecke weit zu überwallen und darauf einen Materialschuppen zu erbauen. Nach Befürwortung dieses Antrags durch Oberbürgermeister Lauter und Namens des Stadtverordnetenvorstandes durch Stadtverordneten Schüssle wird derselbe einstimmig genehmigt. Weiter findet die Bewilligung eines Beitrags von 1000 M. zur Errichtung eines Kriegerdenkmals im Stadtteil Mühlburg nach Befürwortung durch Oberbürgermeister Lauter und Stadtverordneten Dengler namens des Stadtverordnetenvorstandes einstimmige Genehmigung. Stadtverordneter Roth spricht namens des Komitees Dank aus für die freundliche Förderung der Denkmalserrichtung. Die Anträge auf Ausdehnung des Ortsstatus über die Befreiung der Kosten für Herstellung der Schwege auf den Stadtteil Mühlburg und auf redaktionelle Aenderung des § 3 dieses Status, Referenten namens des Stadtraths Bürgermeister Schnegler und Namens des Stadtverordnetenvorstandes Stadtr. Schwindt; sodann auf Ernennung des Amtsbrevetanten Josef Amann zum städtischen Rechner und Uebertragung der Kosten des Schlacht- und Viehhofs und der Verbrauchsteuer an den Benannten, Referenten Bürgermeister Schnegler und Stadtverordneter Schneider; auf Uebernahme eines Theils der Bemerkung Rintheim in die Stadtbekanntmachung gegen eine an die Gemeinde Rintheim zu leistende Entschädigung von 90,000 M., Referenten Bürgermeister Schnegler und Stadtverordneter Schneider; auf Herstellung und Kanalisierung der verlängerten Garten- und Lessing-Straße mit einem Aufwand von 44,140 M., welcher Betrag jedoch größtentheils zum Rückersatz kommt, und auf Gelände-An- und Verkauf daselbst, Referenten Bürgermeister Schnegler und Stadtverordneter Schüssle, werden ebenfalls einstimmig genehmigt.

Zu letzterem Gegenstand äußert Stadtverordneter Glodner gesundheitliche Bedenken bezüglich der daselbst zur Errichtung kommenden Wohnhäuser wegen der Nähe des zum Militärhospital gehörigen Absonderungshauses für ansteckende Krankheiten, worauf Bürgermeister Schnegler bemerkt, daß wenn das Absonderungshaus für die Nachbarschaft eine Gesundheitsgefahr zur Folge haben würde, die Entfernung desselben angestrebt werden müßte; übrigens würde das Absonderungshaus bei Vorkommen von Blattern oder Choleraerkrankungen und dergl. nicht in Gebrauch genommen werden, da für solche Erkrankungen das städtische Absonderungshaus im Durlacher Wald bestimmt sei.

Ein weiterer Gegenstand der Tagesordnung betrifft: die Erbauung eines Volksschulgebäudes nebst Dienerschaft auf dem Platz des alten Schlachthauses mit einem Aufwand von 270,000 M.; die Vergrößerung des Volksschulgebäudes des Stadtteils Mühlburg durch Auflegen eines dritten Stockes mit einem Aufwand von 30,000 M.; die Errichtung einer Turnhalle auf dem Platze beim Volksschulgebäude des Stadtteils Mühlburg mit einem Aufwand von 19,800 M.; die Vergrößerung der Realschule durch einen im Hofe derselben zu errichtenden Neubau mit einem Aufwand von 71,000 M. und Abschließung der gemeinsamen Turnhalle der Realschule und der Realschule in zwei getrennte Abteilungen mit doppelter Turneinrichtung mit einem Aufwand von 2000 M. — Der Referent des Stadtraths, Bürgermeister Schnegler, führt an, daß der Stadtrath, einem Wunsche des Stadtverordnetenvorstandes entsprechend, den Antrag auf Erbauung einer besonderen Turnhalle für die Realschule fallen gelassen und die Abschließung der gemeinsamen Turnhalle wie oben angegeben in Aussicht genommen habe. Hierdurch würde eine Ersparnis von 13,400 M. erzielt werden. Dem weiter geäußerten Wunsche, das Projekt der Realschulerweiterung zu vertagen, um zu erwägen, ob nicht eine zweite Realschule im westlichen Stadtteil zu errichten sein dürfte, habe der Stadtrath nicht beifolgt können wegen der Dringlichkeit der Erweiterung in Folge Ueberfüllung der jetzigen Räumlichkeiten. Namens des Stadtverordnetenvorstandes berichtet Stadtverordneter Schwindt eingehend über sämtliche Punkte der städtischen Vorlage; er hebt namentlich den von den Schulbüchern zu erwartenden Nutzen hervor und gibt dem Gedanken der Errichtung einer zweiten Realschule im westlichen Stadtteil nochmals Ausdruck. Oberbürgermeister Lauter bringt ein Gutachten des wegen Unwohlsein am Erscheinen verhinderten Oberbaurath Lang über die Schulhausprojekte zur Verlesung, welches sich in der Hauptsache sehr anerkennend über die Baupläne ausspricht. Stadtverordneter Schneider ist nicht für den in der Begründung der Vorlage angeregten Verkauf des zum Schulhausbau auf dem Platze des alten Schlachthauses entbehrlichen Geländes und möchte dasselbe für spätere städtische Zwecke reservirt sehen. Stadtverordneter Glodner fragt, ob dem Schulgebäude auf diesem Platz nicht eine solche Stellung gegeben werden könne, daß es später bei sich ergebender Noth-

wendigkeit vergrößert werden könnte, was von Bürgermeister Schnegler aus technischen Gründen, sowie im Hinblick darauf, daß das Gebäude so viele Schüler fassen werde — über 1000 —, daß eine spätere Erweiterung nicht wünschenswerth sei, verneint wird. Stadtverordneter Oberbaurath Wallraff spricht dem Stadtrath Dank aus dafür, daß in hiesiger Stadt in so humaner Weise für die Schulen gesorgt werde, bespricht eingehend die Schulverhältnisse im Stadtteil Mühlburg und begründet die Nothwendigkeit der Errichtung einer Turnhalle für das Mühlburger Schulhaus. Bürgermeister Schnegler erwidert dem Stadtverordneten Schneider, daß ein Beschluß über Verkauf des entbehrlichen Schlachthauses von Seiten des Stadtraths noch nicht gefaßt sei. Stadtverordneter Hündle möchte den Platz zur Erbauung einer Kirche für den westlichen Stadtteil reservirt sehen. Oberbürgermeister Lauter erwidert hierauf, daß nach seiner Meinung kein Grund vorhanden sei, daß die polit. Gemeindeverwaltung bei Kirchbauten sich betheilige. Bezüglich des entbehrlichen Platzes handle es sich zunächst nur um einen Verkaufsversuch; der Bürgerausschuß könne immer noch den Nichtverkauf beschließen. Die Stadtverordneten Schwindt und Schneider kommen nochmals auf den Gedanken der Errichtung einer zweiten Realschule im westlichen Stadtteil zu sprechen und möchten das Projekt der Erwerbung des Stadtraths empfehlen, denn die Realschule habe durch die Vertheilung zur Ausstellung des Zeugnisses für den Einjährig-Freiwilligendienst auch künftig eine weitere Vermehrung der Schülerzahl zu erwarten.

Oberbürgermeister Lauter und Bürgermeister Schnegler legen nochmals die Dringlichkeit des Erweiterungsbau für die Realschule dar. Letzterer führt aus, daß wenn einmal eine zweite Realschule errichtet werden würde, der projektierte Erweiterungsbau eine ganz zweckmäßige Verwendung zur Unterbringung eines Theils der Vorschule hätte. Wenn dem dringendsten Bedürfnis nach weiteren Räumlichkeiten abgeholfen sei, so könne man sich Zeit gönnen, zu erwägen, ob und in welcher Weise ein Schulhausbau für eine weitere Realschule errichtet werden solle. Sodann legt Bürgermeister Schnegler ziffermäßig den bedeutenden Mehraufwand dar, welchen die Verlegung der Realschule in zwei Anstalten mit sich bringen würde; derselbe wird auf mindestens 12,000—15,000 M. jährlich berechnet. Stadtverordneter Glodner und Wallraff sprechen sich ebenfalls für sofortige Herstellung des Erweiterungsbau aus. Stadtverordneter Roth hätte statt der Vergrößerung des Mühlburger Schulhauses lieber die Errichtung eines Neubaus in der Nähe der kathol. Kirche gesehen. Stadtverordneter Wallraff und Pfaff empfehlen die Mühlburger Schulhausvergrößerung nach dem Antrag des Stadtraths. Der Damm des Stadtverordnetenvorstandes, Schneider, erklärt, daß nachdem zugesagt worden sei, die Errichtung einer zweiten Realschule im westlichen Stadtteil in Erwägung zu ziehen, der Stadtverordnetenvorstand seine Beanstandung zurückziehe. Bei nunmehr erfolgter Abstimmung werde die projektierte Schulhausbaulichkeiten einstimmig genehmigt. Schließlich erfolgt noch die Vertheilung einer größeren Anzahl Rechnungen aus dem Jahre 1884.

**Freiburg, 8. März.** (Zur oberhessischen Gewerbeausstellung) sind gegen 900 Anmeldungen erfolgt. Neben der Hauptausstellung wird eine Reihe Eingelassenerstellungen des Ansehens und Beliebten eine Fülle bieten. Auch auf dem Gebiete des Unterhaltens und Erneuerten wird vielerlei Neues und Gutes geboten werden.

## Verchiedenes.

**W. Hamburg, 8. März.** (Dampfer vermißt.) Der Dampfer „Hermia“ von der Hamburg-Pacifique-Linie ist unweit Valparaiso verloren gegangen.

**W. Brüssel, 8. März.** (Zum Grubenunglück in Duaregnon.) Von den bei der Explosion in Duaregnon verunglückten Bergleuten sollen, laut der „Independance belge“, 57 sich gerettet haben.

**Paris, 8. März.** (Der Schriftsteller Paul Féval) ist gestorben. Derselbe war am 27. September 1817 in Rennes geboren.

**W. Rom, 8. März.** (Quarantainemaßregeln.) Gegenüber Schiffen aus Sicilien wurde bei feuchtem Regen sehr eine fünfjährige Quarantäne, bei eingetretener Choleraerkrankung oder ernstlich verdächtigem Erkrankten eine zehntägige Quarantäne angeordnet.

**W. New-York, 9. März.** (Mysteriöse Postsendung.) Ein zu Boston angegebener, an den Prinzen von Wales adressirtes Paket wurde auf dem Postamt zu Washington zurückgehalten, weil es unfrankirt war; dasselbe enthielt eine in Watte gefüllte Glasröhre mit einer weißen Flüssigkeit, durch welche zwei Drähte liefen; der Inhalt wird analysirt.

## Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 9. März. Der Reichstag nahm heute die zweite Verathung der Militärvorlage vor. Abg. v. Frandenstein theilt im Namen seiner politischen Freunde mit, daß dieselben, da sie ihren unveränderten Standpunkt nicht zur Geltung bringen könnten, sich der Abstimmung enthalten würden. Bamberger hält den in voriger Session eingenommenen Standpunkt der Freisinnigen aufrecht. Reichensperger erklärt im Namen eines Theils des Zentrums, für die unveränderte Fassung der Vorlage stimmen zu wollen. Richter konstatiert, daß das Triennium genau ebenso verfassungsmäßig sei, wie das Septennat, und beschwert sich über angebliche Wahlbeeinflussungen. Es folgt darauf die namentliche Abstimmung über den Antrag Stauffenberg (Dreijährige Bewilligung der Vorlage). Der Antrag Stauffenberg wurde mit 222 gegen 23 Stimmen abgelehnt; 88 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Polen und Elsaß waren nicht im Saal anwesend, außer Guerber, welcher sich der Abstimmung enthielt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen den Antrag.

Der § 1 der Regierungsvorlage wurde mit 223 gegen 48 Stimmen angenommen; 83 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Für den Paragraph stimmten geschlossen die Konservativen und die Reichspartei, sowie die Nationalliberalen, ferner die Abgeordneten Hildebrandt und Netemeyer, vom Zentrum Reichensperger, Landsberg, Preysing (Straubing), Graf Adelmann, Dindorfer, v. Buol und Lender; die übrigen Mitglieder des Zentrums enthielten sich der Abstimmung. Dagegen stimmten die Deutschfreisinnigen, Sozialdemokraten und Elsaß-Lothringer. § 2 (Formation der Armee) ward mit 247 gegen 20 Stimmen angenommen (83 Stimmenthaltungen), die übrigen Paragraphen per Affirmation genehmigt.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

## Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Donnerstag, 10. März. 34. Abonnement-Vorst.: „Der Trompeter von Säckingen“, Oper in 3 Aufzügen nebst einem Vorspiel. Mit autorisirter, theilweiser Genehmigung der Idee und einiger Originallieder aus J. Viktor v. Scheffel's Dichtung von Rudolf Bunge. Musik von Viktor E. Kessler. Anfang 7 1/2 Uhr.

## Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standebuch-Register.

Geburten. 5. März. Jakob Wilhelm Eduard, B.: Leopold Dimpfel, Tagelöhner. — Emil Hermann, B.: Emil Schöffler, Kaufmann. — 6. März. Anna Maria, B.: Peter Wintler, Schuhmacher. — 7. März. Heinrich Ludwig, B.: Wilh. Treiber, Schreiner. — 8. März. Rosa, B.: Friedrich Zeltmann, Schuhmacher. — 9. März. Felix Adolf August Johannes, B.: Leopold Gräbener, Hofgärtner.

Eheaufgebote. 8. März. Wilhelm Reiff hier, Tapezierer hier, mit Pauline Deppich von Zell a. M. — 9. März. Heinrich Staatsmann von Kork, Tagelöhner hier, mit Juliane Willwerth Bwe., geb. Sammet von Dausfeld. — Karl Becht von Pfaffenroth, Bäcker hier, mit Cresz. Dacker von Hedingen. — Emil Strayczynski von Berlin, Stereotypen in Freiburg, mit Theresia Gmeiner von Konstanz.

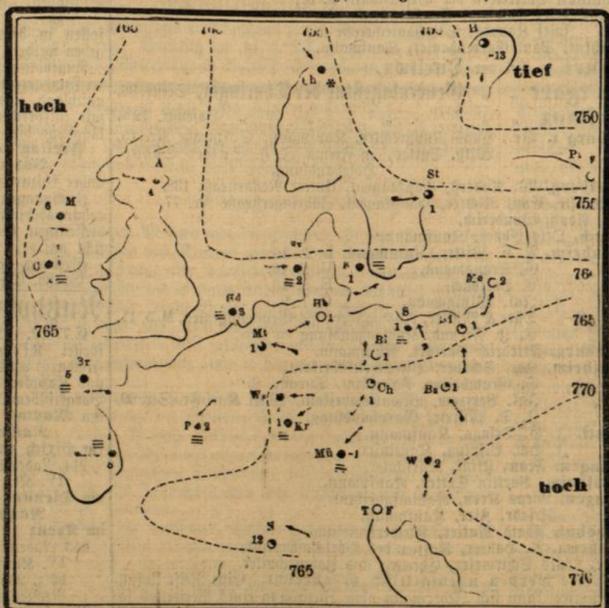
Todesfälle. 8. März. Bertha, 25 J., B.: Egenberger, Schneider.

## Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Abso. Feucht. in mm	Relative Feucht. in %	Wind	Witterung
8. Nachts 9 U.	754.7	+ 3.6	5.1	87	NE <sub>1</sub>	Klar
9. Morgs. 7 U.	753.8	- 0.6	4.4	100	E <sub>1</sub>	bedeckt
9. Mittags 2 U.	751.6	+ 10.2	5.6	60	SE <sub>1</sub>	wenig bew.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 9. März, Morgs. 2.89 m.

## Wetterkarte vom 9. März, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung ist auf dem ganzen Gebiete gleichmäßig geworden und daher ist die Luftbewegung allenthalben schwach, nur über Nordamerika wehen stellenweise starke westliche und nordwestliche Winde. Ueber Central-Europa ist das Wetter theils heiter, theils neblig, ohne meßbare Niederschläge. In Deutschland, wo fast überall Nachtfrost stattgefunden haben, liegt die Temperatur meist unter der normalen.

## Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 9. März 1887.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	105.30	Staatsbahn	191 1/4
4% Preuß. Konf.	104.95	Lombarden	69 3/8
4% Baden in fl.	103.50	Salzburger	158.10
4% „ „ in M.	104.35	Elbtal	121.37
Oesterr. Goldrente	86.65	Miedlburger	139.10
Silberrent.	63.40	Deff. Ludwigsbahn	—
4% Ungar. Goldr.	77.—	Gotthard	93.50
1877r. Russen	97.50	Wesel und Sorten	152.—
1880r.	79.—	Wechsel a. Amst.	168.25
H. Orientanleihe	54.60	„ „ London	20.40
Italiener compt.	95.50	„ „ Paris	80.35
Ägypter	71.80	„ „ Wien	159.10
Spanier	63.90	Napoleonsdor	16.11
5% Serben	77.10	Privatdiskonto	2 1/8
<b>Banken.</b>		Bad. Zuckerfabrik	70.—
Kreditaktien	218 1/4	Alkali Westereg.	—
Diskonto-Kommandit	189.—	<b>Nachbörse.</b>	
Basler Bankver.	156.80	Kreditaktien	218 1/4
Darmstädter Bank	132.20	Staatsbahn	191 1/2
5% Serb. Hyp. Ob.	77.—	Lombarden	69 1/2
<b>Berlin.</b>		<b>Wien.</b>	
Def. Kreditakt.	453.50	Kreditaktien	276.40
Staatsbahn	388.50	Martnoten	68.77
Lombarden	142.50	Tendenz: fest.	
Disk.-Kommand.	189.20	<b>Paris.</b>	
Laurahütte	76.50	4 1/2% Rente	109.—
Dortmunder	57.50	Spanier	64 1/8
Marienburger	35.60	Ägypter	366
Miedlburger	—	Ottomane	492
Tendenz: —		Tendenz: —	

